

## Deutschland.

Berlin, 18. September. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat bei der Anwesenheit in der Provinz Preußen den Kreisphysikern Dr. Beck in Pr. Holland und Dr. Korsch in Mühlingen, sowie den praktischen Ärzten Dr. Schiefferdecker und Dr. Voelck in Königsberg i. Pr. und Dr. Holzer-Egger in Bischofswerder den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

[Allerhöchster Erlass.] Auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom 1. September d. J. ertheile Ich, unter Vorbehalt der bei der Concessionserteilung festzustellenden Bedingungen, zu der Ausführung einer Eisenbahn von Sagan nach Sorau Meine landesberuhige Genehmigung. Zugleich bestimme Ich, daß die in dem Gesetz über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1858 ergangenen Vorschriften, betreffend das Expropriationsrecht und das Recht zur vorübergehenden Benutzung fremder Grundstücke auf die gedachte Anlage Anwendung finden sollen. Dieser Erlass ist durch die Gesetzes-Sammlung bekannt zu machen. Breslau, Stargard, den 10. September 1869. Wilhelm.

Dem Heinrich Ræcke in Berlin ist unter dem 16. September 1869 ein Patent auf eine durch ein Modell nachgewiesene Strichmaschine auf fünf Jahre erteilt worden. (St. Ans.)

© Berlin, 18. Septbr. [Die frankfurter Schweizer. — Katholische Universität und Unterrichtsgesetz. — Wollwaaren-Industrie. — Eisenbahn.] Nachdem nun die Frankfurter Ausweisungen wirklich ihren Anfang genommen, sollen schon wieder viele der Neuschweizer die Redressierung ihrer Auswanderung und den Wiedereintritt in den preußischen Staatsverband in Aussicht genommen haben. — Die Bischöfliche Konferenz in Fulda hat sich bekanntlich nicht nur mit der Concilfrage beschäftigt, sondern auch mit der Gründung einer freien katholischen Universität für Preußen, deren Sitz Fulda sein soll. Diese Frage ist aber nicht plötzlich improvisirt, sondern schon der Gegenstand von Verhandlungen zwischen der katholischen Geistlichkeit und der Regierung gewesen, namentlich hat sich der Erzbischof von Köln schon seit einiger Zeit zum Vertreter dieses Gedankens der Regierung gegenüber gemacht und darauf bezügliche Anträge gestellt. Die Angelegenheit ist offenbar dazu aussersehen, auch in der nächsten Zukunft Gegenstand einer eingehenden Erörterung zu werden und zwar wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem in Aussicht stehenden Unterrichtsgesetz. Es ist nicht richtig, wenn einige Zeitungen von der Voraussetzung ausgehen, daß das zu erwartende Unterrichtsgesetz sich nicht mit dem Universitätswesen befassen werde. So wohl der Cultusminister am Schluss der vorigen Landtagssession, als auch die Thronrede, mit der dieselbe geschlossen wurde, haben eine Vorlage des Unterrichtsgesetzes, welches sich sowohl auf das Universitätswesen, als auf den höheren und den Elementarunterricht bezieht, in Aussicht gestellt, und im Zusammenhange damit soll ja auch die Frage wegen der Universitätsgerichtsbarkeit ihre Erledigung finden, nicht als spezielle Vorlage, sondern als Bestandteil eines organischen Gesetzes über das gesammte Unterrichtswesen. Der Gesetzentwurf ist übrigens beendet und den Oberpräsidien zur Begutachtung vorgelegt worden. Diese Vorlage sowie die der neuen Kreisordnung soll bekanntlich unmittelbar nach Constituierung des Landtages erfolgen. — Sämtliche Handelsstädtern, in deren Bezirken die Wollwaren- und namentlich die Luchsfabrikation einen beachtenswerthen Umfang hat, klagen darüber, daß der Markt in den Ver. Staaten von Nord-Amerika durch die hohen Einfuhrzölle diesem Industriezweige entzogen worden ist, wodurch dieser einen viel geringeren Absatz seiner Erzeugnisse gegen früher hat. Es sind allerdings für die Wollwaren-Industrie neue Märkte in Ostindien, China und Japan eröffnet worden, aber diese können für den Ausfall nicht entschädigen, da die Geschäfte dorthin in ihrer Entwicklung so lange Zeit erfordernd und die Verhältnisse so vielfachen Schwankungen unterworfen sind, daß nur wenig höhere Fabrikanten und reichere Speculanen sich an dem direkten Verkehr mit jenen Ländern betheiligen können. — Durch das Gesetz vom Jahre 1868 ist eine Anleihe von 40 Millionen zum Bau von Eisenbahnen bewilligt worden. Unter die Eisenbahnprojekte, welche durch diese Anleihe zur Ausführung gebracht werden sollen, gehört auch die Anlage der Bebra-Hanauer Eisenbahn, wozu die Summe von 4 Millionen in Ansatz gebracht worden war. Durch Erfahrung wird aber der Bau dieser Eisenbahn eine grössere Summe erfordern; es wird deshalb zur Vorlage an den Landtag ein Gesetzentwurf vorbereitet, durch welchen die Übertragung der für andere Eisenbahnbauten bewilligten Posten, welche nicht ganz zur Verwendung kommen, auf die Bebra-Hanauer Bahn beantragt wird. — Unter den jetzigen Finanz- und Geldverhältnissen ist nicht anzunehmen, daß die Staats-Regierung von den Häusern des Landtages Bewilligungen zum Bau einer Tilsit-Memeler Eisenbahn verlangen wird. — Der Oberbürgermeister der Stadt Görlitz, Nichtsteig, hat eine Denkschrift für eine Eisenbahn-Verbindung dieser Stadt mit Böhmen ausgearbeitet. Die preußische Regierung hat auch die Genehmigung zur Vornahme von Vorarbeiten auf diesseitigem Staatsgebiet zu einer Eisenbahn von Görlitz nach Reichenberg ertheilt. Diese Eisenbahnlinie hat nicht allein für Görlitz eine Bedeutung, sie wird auch eine dritte Verbindung zwischen Berlin und Wien, nämlich neben der über Sachsen und der durch Schlesien gehenden herstellen, wodurch die Strecke zwischen beiden Hauptstädten erheblich abgekürzt wird; auch dürfte diese Eisenbahn dazu beitragen, dem Handel u. d. Verkehr im schlesischen Gebirge aufzuholen und die dort vorhandenen Notstände zu beseitigen.

= Berlin, 19. Septbr. [Der König. — Die nationale Partei. — Nachwahl für Waldeck. — Die Genfer Bank.]

Vom Palais Sr. M. des Königs weht heute wieder die Königssflagge.

Der Monarch ist bald nach Mitternacht hier eingetroffen, von den Spionen der Militärbehörden und dem Polizeipräsidenten empfangen.

Das kronprinzliche Paar und der Prinz Karl, die den König begleiteten, begaben sich auf der Verbindungsbahn nach Potsdam.

Der König bleibt nun bis Ende der nächsten Woche hier resp. auf Babelsberg und begiebt sich dann zu den Laufierlichkeiten an den mecklenburgischen Hof nach Ludwigslust, welche am 24. und 25. d. M. stattfinden.

— Unsere kürzlich an dieser Stelle gebrachte Mitteilung über

Vorbereitungen zur Bildung einer nationalen Partei in Nord- und

Süd-Deutschland gewinnt volle Bestätigung und wir werden demnächst

in der Lage sein, Näheres über den Stand der Angelegenheit zu berichten.

Wenn dagegen in einzelnen Blättern sich detaillierte Angaben

über Namen von Führern der Bewegung finden, (so war z. B. Dr. H. B. Oppenheim von hier genannt), so ist dies als durchaus verfrüht und aus dem Zusammenhange herausgerissen zu bezeichnen. — Am Donnerstag

findet bekanntlich die Nachwahl für Waldeck im ersten Berliner Landtagswahlbezirk statt. Trotz der grossen Anzahl vorgeschlagener Candidaten

ist jetzt bereits vorauszusehen, daß die Wahl nur zwischen dem Kreis-

gerichtsrauth Klop und dem Dr. Hoppe (früheren Redakteur der „Magdeburger Zeitung“) schwanken wird. Klop ist von dem Obertrib.-Rath Dr. Waldeck selbst mehrfach schriftlich und mündlich empfohlen, wird aber vielleicht gerade deshalb nicht gewählt, da viele Stimmen — trotz aller Adressen an Waldeck — dahin sich geneigt haben, daß man sich keinen Candidaten entzieren lassen darf. Dagegen ist über die juristische Tüchtigkeit des Kreisgerichts-Rath Klop und seine consequente Haltung in der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses während der Consistsperiode nur eine Stimme. — Der Rechtsanwalt Lipke, der zum Liquidator der Genfer Bank ernannt worden, hat sich mit seiner Familie bereits nach Genf begeben. Die Abwicklung der Liquidation wird wohl ein Jahr in Anspruch nehmen. Die Wahl des Herrn Lipke zu diesem Geschäft ist übrigens das Resultat der Bemühungen der Berliner Aktionäre, die Schwindelpartei, welche sich aus Genfer und Frankfurter Speculanen zusammensetzte, suchte die Wahl eines Advocaten in Frankfurt durchzusetzen. Der frühere Director der Bank, Comm.-Rath Behrendt aus Danzig (einst Vicepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses) lebt schon längere Zeit als Privatmann in Wiesbaden.

[Der Kronprinz.] Dem Vernehmen nach wird der Kronprinz an der Einweihung des Suezkanals teilnehmen und sich am 10. Oktober in Brindisi auf der norddeutschen Corvette „Herta“ einschiffen. Die norddeutsche Corvette „Arcona“ und die Dampfschiff „Grille“ werden die „Herta“ begleiten.

[Ministerconseil.] Nach der nunmehr erfolgten Rückkehr Sr. Maj. des Königs wird in den nächsten Tagen eine Minister-Confeß-Sitzung unter dem Vorsitz des Königs stattfinden, welche der Feststellung der Landtagsvorlagen gelten soll. Es wird dann auch bestimmt werden, wann der Landtag einberufen und ob derselbe von dem Könige in Person eröffnet werden soll.

[Der gegenwärtige Besuch des Fürsten Carl von Rumänien] an den westlichen Höhen Europas hat, wie es in politischen Kreisen heißt, neben Politik auch eine Brautschau zum Zwecke.

[Der verstorbene Fürst von Hohenzollern-Hochberg] hat den Mannschaften des jetzt in Liegnitz stehenden 47. Linien-Regiments, dessen Chef er war, eine bedeutende Geldsumme testirt.

[Der Ministerpräsident Graf Bismarck] kommt zur Kammer-Großsitzung entschieden nicht nach Berlin, ja er wird sogar, weiterem Vernehmen nach, bis zum December den Geschäften fern bleiben. Dass er, während des Aufenthalts des Königs in Pommern, nur eine kurze Zeit in der Nähe Sr. Maj. geweilt, wird aus dem Umstände erklärt, daß der Graf den geräuschvollen Festen fern zu bleiben wünscht.

[Der Cultus-Minister] hat die sächlichen Kosten für die Shoden auf die Staatskasse übernommen, ebenso erhalten die landesherrlich berufenen Mitglieder Diäten aus der Staatskasse. Sond. hat der evangelische Oberkirchenrat sich, behufs Aufbringung der Kosten, an die Gemeinden gewandt.

[Dementi.] Der „Staatsanw.“ schreibt: In dem Morgenblatte der „Bank- u. Handels-Ztg.“ vom 15. September d. J. ist die Angabe enthalten, daß Dr. Strousberg sämmtliche königliche Bergwerke Hannovers am Harz ankaufen wird. Diese Angabe beruht jedenfalls auf einem Irrthum, da die königliche Staatsregierung nicht die Wicht hat, die fiskalischen Blei- und Silbererz-Bergwerke am (Ober-) Harze zu veräußern. Wenn in dem betreffenden Artikel ferner die Befürchtung ausgesprochen wird, daß der Bergbau am Harze bei der jetzigen Bewirtschaftung bald zum Erliegen kommen werde, so ist diese Befürchtung ebenfalls unbegründet. Der dortige Bergbau wird von der preußischen Verwaltung allerdings schwunghaft betrieben; gleichzeitig werden jedoch auch die zur Sicherung der Nachhaltigkeit derselben erforderlichen Vorrichtungsarbeiten ausgeführt, welche von der früheren Verwaltung vernachlässigt worden waren.

[An dem Beschlusse des evangelischen Ober-Kirchenrates] in Sachen des Protestantentages haben, wie man hört, von den 13 Mitgliedern desselben außer dem Präsidenten nur 7 Theil genommen. Beschlussfähig ist das Collegium schon, wenn außer dem Präsidenten 3 Mitglieder anwesend sind.

[Zur Fournier'schen Angelegenheit] wird der „N. Z.“ folgendes mitgetheilt: Die mehrfach aufgetauchte Nachricht, der evangelische Ober-Kirchenrat habe die Einleitung einer Disciplinaruntersuchung gegen Dr. Fournier abgelehnt, ist schon um deshalb nicht zutreffend, als diese Behörde sich erst dann mit der Sache befassen könnte, wenn die nächstvorgesezte Behörde Fournier's, das Consistorium der Provinz Brandenburg, einen Urteilspruch in der Disciplinaruntersuchung gegen Fournier gefällt und Legiterer dagegen beim Ober-Kirchenrat den Recurs eingelegt hätte. Bis jetzt hat aber das Consistorium die Disciplinaruntersuchung noch nicht eingeleitet, weil noch kein rechtskräftiges Erkenntnis vorliegt. (Fournier hat bekanntlich gegen das Urtheil des Stadtgerichts appellirt.)

[Der Entwurf des Strafgesetzbuchs.] Mit dem ersten Tage des künftigen Monats beginnen, wie bekannt, die Conferenzen der Fachmänner-Commission über den Entwurf eines Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund. Obwohl nun mancherlei Vorarbeiten auch zwischen den Mitgliedern der Commission verabredet und andere Anordnungen getroffen worden, um den Gang der Berathungen so weit als thunlich zu befördern, so glaubt man hier in den nächststehenden Kreisen doch, daß die Arbeit der Commission kaum vor Ende dieses Jahres beendet sein werde. Dagegen nimmt man an, daß inzwischen gleichzeitig eine Verständigung mit dem Bundesrath über die Commission beschluß erzielt sein werde, so daß die ganze Frage im Bundesrath selbst um so schneller erledigt sein könnte. Man scheint in leitenden Kreisen unbedingt darauf Gewicht zu legen, daß der Entwurf an den nächsten Reichstag gelangt und dort berathen werde.

[Der Oberbürgermeister Danzigs, Herr v. Winter], früher hier Polizeipräsident, welcher sich bekanntlich stets der besonderen Auszeichnung des Kronprinzen zu erfreuen hatte, soll zu einer hohen Staatsstelle designirt sein.

Aus dem Großherzogthum Mecklenburg, 14. Sept. [Kein Budget.] Außer Russland und der Türkei ist Mecklenburg bekanntlich jetzt das einzige Land in ganz Europa, welches keine Repräsentativ-Berfassung besitzt und wo die Regierung gar kein Budget vorzulegen braucht. Zu welcher Verschwendung in unnützen Ausgaben dieser gänzliche Mangel einer ständischen Controle führt, beweist am schlagentest die Unmaße hoch besoldeter Beamten, die auf Kosten der Steuerpflichtigen bezahlt werden. So hat z. B. das Großherzogthum Mecklen-

burg-Schwerin mit ungefähr 550,000 Einwohnern 3 Oberhof- und Hofmarkräthe mit einer Besoldung von 2—3000 Thalern für jeden, 4 Minister und Ministerialvorstände mit 4—6000 Thalern Gehalt, ca. 1 Dutzend Ministerialräthe mit 2500 Thalern Gehalt, 1 Kammer-Director mit 3000 Thalern, 5 Kammerräthe mit 2500 Thalern, ferner im Justizfach 1 Ober-Appellationsgericht mit 1 Präsidenten und 5 Räthen zu 3500—2500 Thalern, 3 Appellationsgerichte oder Justiz-Kanalien mit 3 Directoren zu 3000 und ca. 15 Räthen zu 2000 und 2500 Thalern Gehalt, und so geht es in allen Zweigen des Staatshaushaltes mit gleicher Verschwendung fort. Sind doch z. B. von dem früheren Bundescontingent von 4000 Mann noch 3 General-Lieutenants, 3 General-Majors und 20 Obersten, Oberst-Lieutenants und Majors in Pension, von denen einige Generale sogar mit 4000 Thalern in den Ruhestand versetzt wurden. Die Zahl der Kammerherren beläuft sich auf einige Dutzend. Bei solcher Verschwendung im eigenen Staatshaushalte müssen jetzt, da die Beiträge zu der norddeutschen Bundeskasse noch dazu kommen, freilich die Abgaben und Steuern immer mehr sich steigern. Daß es auf diese Weise nicht allzu lange mehr fortgehen kann und Mecklenburg entweder aus dem Norddeutschen Bunde wieder austreten und keine Beiträge zu der Bundeskasse zahlen oder eine vernünftige Sparsamkeit im eigenen Staatshaushalte einführen muß, ist die allgemeine Stimmung im Lande. (K. Z.)

Flensburg, 16. Septbr. [Die viel Staub aufwirbelnde dänische Adressangelegenheit] scheint nicht so glatt abzulaufen, als man ansangs glauben möchte. Heute z. B. waren einige Unterzeichner des Aufrufs und Theilnehmer der am 3. d. M. in Hadersleben stattgehabten Versammlung in dieser Angelegenheit hier selbst im Verhört und hat ähnlichliches in Hadersleben stattgefunden. Über das Resultat ist jedoch noch nichts bekannt. (H. N.)

Köln, 18. Septbr. [Das Episcopat.] Beim Empfange der Domherren sagte der Erzbischof, die Stimme des deutschen Episcopats werde in Rom schwerwiegend in die Wagenschale fallen. Auf das eventuelle Hinscheiden des Papstes anspielend, meinte der Erzbischof, das deutsche Episcopat werde stets im heiligen Collegium einen achtunggebietenden Platz einzunehmen wissen.

Aachen, 18. September. [Wahl.] Bei der heutigen Erstwahl zum Landtag ist der Landrat der liberalen Partei, Notar Gornewy in Aachen, gewählt.

Frankfurt, 17. September. [Die erste Ausweisung] erfolgte in folgender Weise: Im Hause des Privatier (J. N. Busch, Unterweg Nr. 48, erschien um 7 Uhr Früh ein Gendarm und verlangte, daß der 16jährige Sohn desselben, der ohne bis jetzt Bürger eines anderen Staates geworden zu sein, aus dem preußischen Unterthanenverbande ausgeschieden ist, ihm auf das Polizei-commissariat an der Hanauer Landstraße folge. Von hier wurde derselbe zum „Geschenk“ geführt und, nachdem er hier zwei Stunden gewartet, noch einmal zum Abschiednehmen in sein älterliches Haus geleitet, um eine halbe Stunde später in Begleitung eines Gendarmen nach Offenbach gebracht zu werden.

München, 16. September. [Das Humboldt-Jubiläum] ist wenigstens von der Presse in Bayern gefeiert worden. Eine Feier dahier ist durch die Ungunst des Augenblicks vereitelt worden. Die „Neuesten Nachr.“ sagen: „Nur die Abwesenheit der meisten Professoren unserer gelehrt Schulen und der Mitglieder unserer gelehrten Vereine ist es zuzuführen, daß nicht auch München Humboldt durch eine besondere Feierlichkeit ehrt, wir können jedoch sicher erwarten, daß dies noch nachträglich geschehen wird.“ Ein hiesiger Bürger hat dem Rectorate des Realgymnasiums 200 fl. übertragen, um aus den Zinsen derselben alljährlich Exemplare einer wohlseligen Ausgabe des „Cosmos“ von Humboldt anzukaufen und an Schüler, die sich durch besondere Kenntnisse in den naturwissenschaftlichen Disciplinen auszeichnen, zu vertheilen. In Augsburg hat die dortige Section des deutschen Alpen-Vereins eine Feier angeregt und ist dieselbe im Vereine mit dem historischen und naturhistorischen Verein in würdiger Weise zu Stande gekommen. Dr. Poschel, Redakteur des „Auslands“, hielt die Festrede. — In der „Allg. Ztg.“ veröffentlichte R. Wagner einen Artikel über das Münchener Hoftheater, der über die Theater-Intendant, ohne sich indessen auf Einzelheiten einzulassen, lebhaft Beschwerde führt.

München, 18. September. [Postverbindung.] Nach einer hier eingetroffenen Nachricht aus London, wird außer der bereits zwischen dort und Indien bestehenden Postverbindung, vom 1. October an jeden Sonnabend eine zweite Post, von London über den Montencis nach Brindisi gehen.

Baden-Baden, 18. Septbr. [Reichskanzler Graf Bismarck] hat seine Reise nach der Schweiz fortgesetzt. Hier heißt es, er begebe sich nach Saint-Cloud. Die Königin von Preußen hat, wie man sich erzählt, beim Diner, zu welchem Bismarck bei ihr geladen war, Umlauf genommen, ihm die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Preußen und Österreich ans Herz zu legen.

## Österreich.

Kraakau, 15. Sept. [Klosterprozeß.] Zur Ergänzung des früheren Telegramms genügen ein paar Worte. Die Oberin hatte vor dem Untersuchungsrichter sich jeder Schuld gegen Barbara Ubray entschlagen, indem sie behauptete, daß sie vom Ordensgeneral die Weisung erhalten habe, die Barbara Ubray nicht ins Irrenhaus zu liefern, sondern im Kloster eingesperrt zu halten. Das Kraakauer Gericht wendete sich deshalb an das Justizministerium, damit der Ordensgeneral darüber vernommen würde. Durch Vermittelung des Ministeriums des Neuzern wurde nun in Rom die päpstliche Regierung um Vernehmung des Ordensgenerals ersucht, und binnen wenigen Tagen erfolgte die Erledigung in Rom. Das hier eingelaufene Protokoll (in lateinischer Sprache verfaßt) enthält die eidestättige Versicherung des Ordensgenerals, daß die Kraakauer Oberin sich einer falschen Ausflucht bedient habe, da niemals von ihm eine solche Weisung erholt worden sei. Der Prozeß wird nun bald in der Vorunterforschung seinen Abschluß finden können und die Oberin ihres Urtheiles heilhaftig werden, das nach dieser Aussage des Ordensgenerals vollends besiegt ist.

Lemberg, 17. September. [Union.] Die eine Union Polens mit Ruthenien verlangenden Reden Kawrowski's, Naumowicz' und Sawczynski's haben eine außerordentliche Sensation hervorgerufen. Die polnischen Deputirten sehen darin einen ersten Schritt zur Vereinigung. — Der Resolutions-Club entfaltet eine lebhafte Agitation in

der Handelskammerwahl-Angelegenheit und veröffentlicht heute seine Kandidaten-Liste.

Innsbruck, 18. Septbr. [Die Naturforscher-Versammlung.] Heute erfolgte im National-Theater die Eröffnung der 43. Naturforscher-Versammlung unter allgemeiner Teilnahme. Stathalter Lasser begrüßte im Namen der Regierung die Naturforscher als die Träger des Fortschrittes. Der Stathalter betonte in seiner Ansprache, daß die Regierung die Freiheit der Wissenschaft und der Lehre hochhalte. Der Bürgermeister Eschutzhenthaler begrüßte die Versammlung im Namen der Stadt und wies in seiner Rede unter dem Beifall der Versammlung auf die geistigen Kämpfe Tirols hin. Redner bringt dem konstitutionellen Kaiser von Österreich und dessen Vertreter ein dreifaches Hoch aus, in das die Versammlung begeistert einstimmt. Helmholz aus Heidelberg wird fürmisch empfangen. In seiner Eröffnungsrede legte er in großen Zügen den Fortschritt der Naturwissenschaften dar und wies den streng gesetzlichen Zusammenhang der gesammten Erscheinungswelt nach. Das Österreich sei ohne Willkür; die deutsche Wissenschaft forsche in ihrem Orange nach Wahrheit furchtlos weiter. Deutschlands Grenze sei die deutscher Jungen und deutschen Geisteslebens, und der glänzende Empfang, welcher den Naturforschern in Innsbruck bereitet wurde, bestätige von neuem, wie deutsch dieses Land sei. Redner begrüßt es mit Anerkennung, daß die österreichische Regierung der deutschen Wissenschaft eine neue Heimstätte durch Errichtung einer neuen medicinischen Facultät in Innsbruck geschaffen hat. Die Rede Helmholz' macht einen gewaltigen Eindruck; die ganze Versammlung antwortete mit stürmischer Zustimmung. Der nächste Redner, Robert Mayer aus Heilbronn, spricht über die Theorie der Wärme und stellt eine neue Hypothese über den Zusammenhang der magnetischen Erscheinungen mit den meteorologischen auf.

### Schwitzerland.

Lausanne, 17. Sept. [Congrès der Friedens- und Freiheitsliga.] In der dritten Sitzung wurde die Debatte über den ersten Antrag des Centralcomite's in Betreff der Verwirklichung der europäischen Föderation zu Ende geführt. Die Debatte war nicht minder lebhaft als an den beiden vorhergehenden Tagen und vielleicht noch spannender, weil die Gegensätze zwischen den Centralisten und Föderalisten offener als bisher zu Tage traten. Meine gestern ausgesprochene Ansicht, daß die föderative Idee in Frankreich und Italien große Fortschritte gemacht hat, erwies sich insofern als richtig, als die Abstimmung ergab, daß die hier tagende Versammlung von 500 Mitgliedern nicht ein halbes Dutzend Centralisten in ihrer Mitte zählt. Der Wortführer der Centralisten war in erster Linie:

Gattineau, Advocate aus Paris, ein äußerst gewandter, schlagfertiger Redner, der in der klassischen Literatur des Alterthums nicht weniger gut zu Hause ist, als in der seines Vaterlandes. Er gefiel sich darin, so ziemlich alle ihm vorausgegangenen Redner zu bekämpfen und brachte dabei neben einzelnen guten Gedanken vieles Parabole an den Tag. Herr Wie mit seinem Antrag auf Wahl der Richter verwies er auf Belgien, wo sich ein ziemlich freies Staatswesen sehr gut mit von der Regierung ernannten Richtern vertrage. Die Einladung des Herrn Samber an die Regierungen Europa's, sich zu einem Schiedsgerichte über alle schwierigen Fragen zu vereinigen, erinnert ihn an die Fabel vom Lamm und Wolf. Napoleon III., der mehr Autorität bei seinen Collegen besaß als der Congrès, habe diese Einladung vergebens gemacht, der Congrès möge also die Könige ruhig zu Hause lassen. Von dem föderativen Geiste, den Chaudry in den europäischen Ländern entdeckt habe, sei ihm nichts bekannt. Süddeutschland und Österreich denke viel eher an eine Revanche für Sadowa als an eine Föderation; in Spanien sei die Einheit notwendig um die Intrigen des Clerus niederzuhalten, Italien bedürfe der kräftigen Centralisation um Rom zu besiegen. In Frankreich endlich hätten nur die Legitimisten und Reactionäre föderalistische Neigungen. Die französische Centralisation sei durch die Republik begründet worden, und ohne sie würde keine Republik bestehen können. Gegen Buission bemerkte der Redner, es sei wohl gut die öffentliche Meinung zu gewinnen, leider aber gebe es in Frankreich noch 27% des Lesens und Schreibens unkundiger unter den Rekruten. Auf diese sei die Presse ohne Einfluss. Was daher in dem Programm fehle, sei vor Alem der obligatorische und unentgeltliche Unterricht. Man solle die Volksvertretungen auffordern, alles dasjenige, was für das Militär gesetzert werde, auf das Budget des öffentlichen Unterrichts zu übertragen. Der Unterricht allein sei die Mutter der Freiheit. (Beifall.)

Frau Ernestine Rose, eine Amerikanerin, hält eine sehr beifällig aufgenommene Ansprache in englischer Sprache, in welcher sie darzutun sucht, daß ohne die Einsetzung der Frauen in ihre Rechte ein dauerhafter Friede nicht begründet werden könne. Der Frieden der Familie sei anders nicht herzustellen; die Frauenfrage sei eine Frage der Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit kein Friede.

Jules Ferry, Deputirter aus Paris, mit lange anhaltendem Applaus empfangen: Jedes Mitglied des Friedenscongresses müsse nach seiner Meinung einen Hannibalseid gegen die monarchische Centralisation ablegen. Daß es noch Vertreter der centralistischen Idee in diesem Raum gebe, habe er nicht erwartet. Würde der Föderalismus nicht zum Siege gelangen, dann müsse man mit Hamlet ausrufen: Die Welt ist aus den Augen. Glücklicherweise stehe es noch nicht so schlimm. Das Haupthindernis der europäischen Föderation seien die beiden Kaiser, diesseits und jenseits des Rheins. Beide streben nach der Hegemonie in Europa und die Hegemonie sei der Contrast der Föderation. Am dem Streben Österreichs und Preußens nach der Hegemonie in Deutschland mußte der deutsche Bund früh oder spät zu Grunde gehen. Die Centralisation müsse beseitigt werden, weil sie sich auf ausschließlich freiheitfeindliche Elemente stütze. Es seien dies die Armee, die Geistlichkeit, die Administration, die Gerichte. Nehme man diesen Elementen den Einfluß auf den Staat, dann könne derselbe sich frei entwinden. Gattineau: Die Centralisation hat die Republik begründet. Ferry: Die Centralisation hat die Republik zweimal vernichtet. (Beifall, Lärm.) Der Präsident bittet um Ruhe. Ferry fährt fort: Die französische Centralisation sei rein monarchischen Ursprungs. Michelieu habe sie inauguriert als Waffe gegen Österreich; Ludwig XIV. habe sie gefordert, als Mittel zur Erlangung der Hegemonie in Europa; der Convention habe sich ihrer allerdings vorübergehend bedient. Aber dies war nur ein Ort: erst Napoleon I. habe die Centralisation nach dem 18. Brumaire in ein System gebracht. Napoleon der Nette habe nach dem Staatsstreich die administrative Centralisation auf die Spitze getrieben. Er habe aber bald bemerkt, daß er mit derselben nicht ausreiche, darum habe er schon 18 Monate nach dem Staatsstreich die Armee zu Hilfe genommen und einen Krieg probocirt, dem bald ein zweiter, ein dritter Krieg folgte. So lange die Kriege glücklich waren, konnte sich die Tyrannie behaupten, aber seit dem traurigen Ende des Habsburgers in Mexiko, sankt sie plötzlich in allen Augen. Was Frankreich jetzt Noth thut ist eine schwache Regierung; so lange die französische Centralisation nicht gebrochen wird, ist Frankreich nichts als eine Gefahr für seine Nachbarn. Mit der Centralisation sei jede parlamentarische Regierung eine Täuschung. Selbst die Republik sei unihaltbar ohne Decentralisation; sie verfällt erst der Corruption, dann der Gewalt. Unter Louis Philippe ging der Parlamentarismus in Faulnis über; Napoleon III. überfiel ihn aus einem Hinterhalte und vernichtete ihn. Von Frankreich aus müßt der Antos zur Befestigung des Militarismus ausgehen. Wird er in Frankreich gestutzt, so kann er sich auch in Deutschland keinen Monat mehr halten.

Gattineau: Nicht Napoleon I., sondern der Convention habe die Centralisation eingeführt. Nur die Feinde der Freiheit wollen die Decentralisation. Er will die Freiheit in der Centralisation.

Laurier aus Paris, Advocate, Mitarbeiter des „Rappel“: Von den beiden Vorrednern sei eine Seite der Vaterne nicht beleuchtet worden. Man müsse unterscheiden zwischen politischer Einheit und administrativer Einheit. An der politischen Einheit Frankreichs, à la France une et indivisible, wolle Niemand rütteln, aber die Administration müsse vollständig decentralisiert werden. Der Convention habe so wenig an die administrative Centralisation gedacht, daß die Constitution vom Jahre III. in föderalistischer Weise gebildet wurde, um das decentralistische Staatswesen umzustürzen. Nur möge die republikanische Partei, so lange die Regierung ihre centralistische Macht in Händen habe, die ihrige nicht zerbrechen. Die sogenannte Additionalakte — er nenne sie so, weil die erste Additionalakte nur 100 Tage Gültung behalten — (Gelächter) werde voraussichtlich die Männer des Justiz-milieu einander nähern. So lange Frankreich ein Gefängnis gewesen sei, habe man Orléanisten, Legitimisten und liberale Bonapartisten an der Seite der Republikaner kämpfen sehen. Jetzt habe man zwei Gefängnisse gemacht, ein besseres und ein schlechteres und es werde sich bald zeigen, daß die monarchische Coalition sich in dem besseren wohllich einrichtet

wie 1849 in der rue de Poitiers. Die junge republikanische Partei dürfe daher nicht entwaffnen. Sie müsse fest und energisch zusammenstehen. Sie darf sich namentlich nicht von den Arbeitern trennen; sie müsse die sozialen Fragen in ehrwürdigem Geiste zu lösen bestrebt sein, damit es mit der gegenwärtigen Regierungskunst, die nichts Anders sei als eine mehr oder weniger gescheiterte Weise das Volk zu betrügen, bald ein Ende nehme. Auch nach der Ansicht dieses Redners liegt der Schwerpunkt aller Freiheitshindernisse in Paris. Es folgt: Stellt mir die Freiheit in Paris her und ich mache Euch Frieden in Europa.

Roussel aus Paris für die Untrennbarkeit der politischen, sozialen und moralischen Fragen.

Gögg bemerkte gegen Gattineau, daß der Congrès sich schon im Vorjahr auf Antrag Krobers für unentgeltlichen obligatorischen Unterricht ausgeschlossen habe. Dann verließ er die §§ 53, 58, 59 aus der Constitution des Jahres III., um das von Laurier Gesagte noch näher auszuführen. Diese Verfassung hat sogar die directe Gesetzgebung durch das Volk zuerst eingeführt. Wäre sie ins Leben getreten, so wäre die Republik niemals wieder vernichtet worden. Er beantragt, die directe Gesetzgebung in die Resolution aufzunehmen. (Beifall.)

Baume aus Paris vom „Reveil“ will die Centralisation aufrecht erhalten wissen, bringt jedoch nichts Neues zu Gunsten seiner Ansicht vor.

Ribolli aus Genua, der Freund und Art Garibaldi's, erklärt im Namen der anwesenden Italiener seine Zustimmung zu der Resolution.

Der Berichterstatter verzichtete auf das Schlusshwort. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Comité's nahezu einstimmig, das Amendement Wie's (Wahl der Magistratur) mit großer Mehrheit angenommen. Das Amendement Goegg's (directe Gesetzgebung) gelangt nicht zur Abstimmung, da der Antragsteller während der Abstimmung nicht anwesend ist und dasselbe nicht schriftlich eingereicht hat.

Heute sind zwei Sitzungen. Die erste wird der polnischen und orientalischen Frage, die zweite der sozialen Frage gewidmet sein. Der Antrag der Mehrheit des Centralcomite's in der ersten Frage lautet:

In Erwägung, daß der Frieden und die Freiheit Europas nur auf einer festen Basis ruhen können, wenn sie auf der Selbständigkeit und Unabhängigkeit aller Völker ohne Ausnahme beruhen; in Erwägung ferner, daß eine der wesentlichsten Bedingungen für die Constitution der europäischen Föderation das Einvernehmen zwischen der polnischen, orientalischen und occidentalischen Demokratie ist,

In Erwägung, daß der Frieden und die Freiheit Europas nur auf einer festen Basis ruhen können, wenn sie auf der Selbständigkeit und Unabhängigkeit aller Völker ohne Ausnahme beruhen;

In Übereinstimmung hiermit und indem ein eingehendes Studium der verschiedenen mit diesen Fragen verbundenen Interessen für nothwendig erkannt wird, beschließt der Congrès, daß eine aus fünf Mitgliedern bestehende Special-Commission errannt werde, welche beauftragt werden soll, alle auf diese Fragen bezüglichen Documente zu sammeln, und weist das Centralcomite an, den Präsidenten und die Mitglieder dieser Commission zu ernennen.

Bon Seiten der Deutschen wird wohl beantragt werden, daß Wort „polnische Frage“ zu streichen. (Fr. 3.)

### Italien.

Florenz, 13. September. [Zur Lobbiaschen Affaire.] Die Tabaks-Enquête, schreibt man der „K. 3.“, macht auf einmal wieder viel von sich reden; aber sie hat eine ganz unerwartete Wendung genommen, unerwartet wenigstens für das große Publicum. Aus den Anklägern sind die Angeklagten geworden. Der Deputierte Lobbia ist in zwei Proceszen vorgeladen. In dem einen mit dem Deputirten Tucci (der gelegentlich der Garibaldischen Unternehmung von 1867 die Erhebung Roms leiten sollte), unter der Anklage der Mitschuld bei der Entwendung jenes Briefes, den Brenna an Gambi geschrieben und worin sich die Worte fanden: „Suchen wir viel Geld zu verdienen.“ Als der eigentliche Thäter wird ein gewisser Burei verfolgt, der seiner Zeit bei Gambi Secretär diente versah. Dem Hauptankläger in der Tabaks-Enquête, Crispini, war der Brief durch die Post zugesetzt worden, welcher Umstand ihn jetzt wahrscheinlich vor einer geistlichen Verfolgung rettet. So viel über den ersten Prozeß; der zweite ist noch ungeheuerlicher. Es handelt sich da nämlich um nichts weniger als um den Verdacht, daß der bekannte Mordversuch gegen Lobbia von diesem im Vereine mit dem Professor Martinati und mehreren Anderen simuliert worden sei. Sie begreifen, welchen Eindruck diese Vorgänge im Publicum machen; die Vorladung ist eine öffentliche Thatsache; warten wir den Ausgang des Proceses ab, ehe wir Semanden beschuldigen. Das Ministerium muß sich jetzt natürlich in seinem Vorsatz, auf dem Posten auszuhalten, um ein Bedeutendes bestätigt fühlen. Wenn jene Processe wirkliche Beweismittel zu Tage fördern, wenn die Einde in ihnen eine üble Rolle spielt, so könnte die Kammer möglicher Weise weniger regierungsfreudlich zurückkehren; Herr Ferraris fände vielleicht einige Mitglieder der Permanente wieder, die ihm abtrünnig geworden, und es ließe sich eine Majorität für die Regierung herstellen.

[Garibaldi und Cavour.] Über die Frage, ob Garibaldi bei seiner Unternehmung gegen Unter-Italien im Jahre 1860 von der piemontesischen Regierung unterstützt worden sei oder nicht, wird noch viel hin- und hergestritten. Sie scheint sich aber endgültig für Cavour zu entscheiden. Garibaldi stützt sich auf die offiziellen Beweisstücke; auf die offizielle Weigerung, ihm die in Besitz genommenen Gewehre zurückzugeben; auf den öffentlichen Brief des Königs, der ihn von einem Uebertritt nach Neapel abzuhalten sucht u. s. w. Aber eine Menge von Beweisstücken thut dar, wie das alles nur zum Scheine geschehen. Unter Anderem folgender Brief Cavour's, vom 19. Juni datirt, von Turin aus an Lafarina gerichtet:

„Persano wird ihm alle mögliche Hülfe leisten, ohne jedoch unsere Flagge zu compromittieren. Es wäre ein großes Glück, wenn Garibaldi nach Kalabrien ginge. Ich beschäftige mich damit, einen Dampferdienst zwischen Genua und Palermo unter französischer Flagge zu organisieren. Vielleicht wird es nötig sein, der Gesellschaft eine bedeutende Hülfsleistung zu entrichten. Die sicilische Regierung wird dafür figuriren; aber wir zahlen im Notfalle. Ihr u. s. w. Cavour.“

### Frankreich.

Paris, 16. Sept. [Präfektenclub und Ministerkrise.] Die beiden wichtigsten Reformen. — Die Gemeindevertretung von Paris. — Das Bestinden des Kaisers. — Verschiedenes.] Präfektenclub und Ministerkrise — das sind die Fragen, welche im Augenblicke die Politiker ex officio in Anspruch nehmen, ohne daß man jedoch etwas Zuverlässiges über ihre wahrscheinliche Lösung erfährt. Ein Wechsel im Personal der Departementsversammlung ist, wie Ihnen einleuchtet, in Folge der letzten Wahlen zur Nothwendigkeit geworden. Die Präfekten haben zum großen Theil ihre Gewalt in solchem Grade gemischaucht, daß es räthlich erscheint, sie aus dem engeren Gesichtskreise ihrer Schutzbefohlenen zu entfernen. Aber in welchem Umfange und zu welcher Zeit dieser Personenwechsel vor sich gehen soll, darüber gehen die Meinungen auseinander. Diejenigen, welche schon heute die betreffenden Decrete in dem amtlichen Blatte zu lesen erwarten, haben sich getäuscht gefunden. Es scheint auch nicht recht glaublich, daß man eine derartige Maßregel in Ausführung bringen werde, ehe das Cabinet wieder vollständig besammigt ist. Die wichtigsten Mitglieder desselben pflegen gegenwärtig der Erholung auf ihren Landgütern. Um so weniger kann man dergleichen erwarten, als ja in Zukunft über die Ernennung der Präfekten im Conseil Beschlüsse gefaßt werden soll. Auch eine Reform, welche von den Offiziellen vielleicht ein wenig über Gebühr gepriesen werden wird. Man verschert uns sogar, daß bei Gelegenheit dieser Personalveränderung im Ministerrat die Geister aufeinanderpläzen würden und daß auf diesem Terrain sich die Ministerkrise entscheiden werde. Denn Mi-

nisterkrise soll es nun einmal geben, obgleich sich der „Constitutionnel“ in einer aus dem Ministerium des Innern ihm zugegangenen Note mit Händen und Füßen dagegen wehrt. Mag dem sein, wie ihm wolle, die Minister sind wenigstens darin einig, die gegenwärtige ungewisse Lage so lange als möglich fortbestehen zu lassen. Sie haben sich dahin verständigt, den gesetzgebenden Körper noch einige Monate unbefehligt zu lassen, womit sie freilich nichts anderes erreichen werden, als einen Aufschub. Ja, die Discussion wird, wie man annehmen muß, um so unangenehmer werden, je länger man dieselbe hinausschiebt. Über seine Wahlmannschaft muß Herr de Forcade la Roquette im December so gut Rechenschaft geben, als er es im September thun mußte. An Stoff zu Interpellationen wird es der Opposition später so wenig fehlen, als jetzt, und das Verlangen nach liberalen Reformen wird in der öffentlichen Meinung in den nächsten zwei Monaten schwerlich geringen werden.

In einem Artikel des „Journal des Débats“ gibt heute Prévost-Paradol seine Meinung dahin ab, daß die beiden wichtigsten jetzt anzustrebenden Reformen in der Veränderung der Gemeindeverwaltung und in der Umgestaltung des Wahlgesetzes zu suchen seien. Was die erste Reform angeht, meint er, so scheint ihre Verwirklichung nicht zweifelhaft; man schwankt noch zwischen den drei Wegen, die sich darbieten — ob nämlich 1) der Bürgermeister von der Regierung aus dem Schooße des Gemeinderaths gewählt werden solle (statt wie bisher allenthalben, wo es ihr gut schien); ob 2) der Gemeinderath selber den Gemeinderath erwählt oder, was ziemlich auf dasselbe hinauslieft, der Regierung eine Liste von zwei oder drei Candidaten zur Auswahl überreicht; ob endlich 3) die Wahl des Bürgermeisters durch das allgemeine Stimmrecht direct zu geschehen habe. Von diesen drei Systemen wird ohne Zweifel das zweite der Mehrzahl der vernünftigen Leute zumeist gefallen, so verlockend auch das dritte unüberlegten Gemüthern erscheinen mag. Der Gedanke, den Bürgermeister direct durch das allgemeine Stimmrecht ernennen zu lassen und sodann diesen gewählten des Volkes dem Gemeinderath gegenüberstellen, genau wie der Präsident der Republik der gesetzgebenden Versammlung gegenübersteht, muß unvermeidlich alle diesjenigen bestreiten, welche in dem Antagonismus der Gewalten und in der Unterordnung der berathenden Versammlungen unter einen bevorzugten Günstling des allgemeinen Stimmrechts das Ideal der Regierungseinrichtungen erkennen. Es ist das immer dieselbe Tendenz, aus der Volkssovereinheit zwei einander entgegenwirkende Gewalten entstehen zu lassen: eine, die demuthigere, von vorn herein zur Unterwerfung und Niederlage verurtheilt, die Versammlungen; eine andere, die überwiegende, welche alles Ansehen des allgemeinen Stimmrechts in einem Manne verkörpert. Welches auch das Project sein mag, das die Regierung dem gegebenden Körper vorlegt, Herr Prévost-Paradol rechnet auf das Recht der Initiative und das Amendementsrecht, dessen die Kammer sich bedienen kann, um die Vorlage in diesem Hauptpunkte umzugestalten, wenn es noththut. Man wird ohne Zweifel begreifen, daß es darauf ankommt, den Bürgermeister an seine rechte Stelle zu setzen, indem man ihn zum natürlichen Vertreter und Agenten des Gemeinderathes macht, dem er vorsteht, nicht aber zu einem Cäsar in kleinerem Maßstabe, von der Stimme des Volkes mit einer geheimnisvollen Sendung bekleidet und nur darauf ausgehend, dem Parlament seiner Gemeinde die Gewalt nach Kräften streitig zu machen.“

Es scheint, daß man sich höhern Orts ein wenig mit dem Gedanken beschäftigt, wie den Wünschen der Pariser nach Umgestaltung ihrer Gemeindeverwaltung Rechnung zu tragen sei. Das Ding ist nur nicht so leicht, wenn man sich nicht dazu verstehen will, die Ausnahmestellung der Hauptstadt einfach aufzugeben und den Parisen zu geben, was jetzt bereits die kleinsten Gemeinden besitzen: das Recht, ihren Gemeinderath selbst zu wählen und (was freilich im Augenblick noch keine Gemeinde besitzt), die Erlaubniß, ihre Angelegenheiten zu verwalten, so gut sie können. Darauf will aber die Regierung sich offenbar nicht einlassen. Auf alle Fälle soll der Ausnahmeharacter von Paris beibehalten werden; die Hauptstadt soll nicht als eine Gemeinde gelten. So hat man sich denn mit verschieden Plänen getragen; so namentlich soll aus Paris ein Département gemacht und dasselbe auf den Umkreis der Festungswerke beschränkt werden u. dgl. mehr. Aber mit all diesem ist nicht geholfen; jene Hauptfrage bleibt immer bestehen. Der „Public“ ist nun auf den bequemen Einfall gekommen, den Abgeordneten von Paris die Aufgabe zu übertragen, hier einen Ausweg zu finden. Die Ansicht dieses offiziellen Blattes selbst geht aber dahin, daß man „das alte und das neue System vereinige“ dem einen entlehn, was es Gutes, dem andern, was es Gerechtes enthalte. Das heißt also: man bewahre Paris seine ausnahmeweise Stellung unverzerrbar, wenn man nicht Paris selbst zerstören will und gebe ihm eine höhere Verwaltung, wie es sein Rang als Hauptstadt will, und eine gewählte Verwaltung, wie es seine Gemeindeinteressen wollen. Mit einem Worte: Paris zugleich mit der Regierung und dem allgemeinen Stimmrecht! Wie einleuchtend das ist!

Von Saint-Cloud wird heute berichtet, daß der Kaiser sich vorzüglich befindet; die regelmäßigen Besuche der Ärzte sollen aufhören, Herr Melaton werde eine Reise machen. — Herr Benedetti wird, ehe er nach Berlin zurückkehrt, sich mit seiner Familie noch auf eine Woche nach Corsika begeben. — Das Handwerk eines kaiserlichen Leibjournalisten scheint ein Erlebnis abzuwerfen. Herr Clement Duvernois hat sich ein Schloß in den Alpen gekauft, und läßt dasselbe auf das Glänzendste einrichten. Vermuthlich sind die Fonds dazu vom Kaiser geliefert worden. — Die kaiserliche Schatzkammer ist in der letzten Zeit stark in Anspruch genommen, hat doch auch der Marshall Vaillant auf Kosten des Kaisers das prächtvolle Gut der Gräfin Walewska gekauft, welches deren Gemahl seiner Zeit vom Staatsoberhaupt zum Geschenk erhalten. Es ist jetzt für die Kleinigkeit von 1,200,000 Franken in den Besitz des Marshalls übergegangen. Und die Nation muß der Gräfin eine Pension von 20,000 Franken zahlen.

### Großbritannien.

A. A. C. London, 17. Sept. [Die Franklin'schen Dokumente.] Das Telegramm, welches seinen Weg von San Francisco über New York genommen und von dem Funde von Documenten erzählt, die ausführlichen Aufschluß über das Schicksal der Nordpolar-Expedition Sir John Franklins enthalten, gibt Anlaß zu mehrfachen Controversen. Der „Daily Telegraph“ will eine geographische Unmöglichkeit darin erkennen, daß die Documente unter den erwähnten Längenbreiten über Bord geworfen seien, weil die bezeichnete Stelle augenscheinlich landeinwärts liege. — Der „Star“ meint, der Fund sei nur eine neue Variation schon bekannter Facta. — Der „Standard“ recapitulirt, was der Nordpolarfahrer Mac Clintock über das Schicksal Franklins festgestellt. Ein Punkt aber sei auffällig. Vor Mac Clintocks Aufsuchungsfahrt habe ein anderes zu gleichem Zweck ausgelaufenes Expeditionschiff „Fox“ festgestellt, daß die Mannschaft des „Erebus“ und „Terror“ in 1846 und 1847 auf dem Beechy - Island überwintert haben. Dies sei von Mac Clintock als ein Schreibfehler bezeichnet worden, der die Jahreszahlen 1845 und 1846 dafür substituiert haben wollte. Nun führe jedoch das Telegramm aus San Francisco aus den bei San Buenavent

"For" festgestellt gehabt. Möglich sei es, daß der neu aufgefundenen Spezialbericht von einer Abheilung der Mannschaft ausgegangen sei, von deren Vorhandensein bisherige Forscher keine Kenntnis gehabt, denn Mac Clintock habe es nicht für wahrscheinlich gehalten, daß nach dem Verlassen der Expeditionsschiffe noch ein anderer Bericht den Wellen übergeben oder sonst wo deponiert worden sei. Man sehe in England mit großer Spannung ausführlichem Bericht entgegen. — Die "Daily News" findet in der Nachricht, daß Sir John Franklin zur Zeit eines arktischen Sommers verschieden, einen wehmütigen Tod, weil allein Dasturhalten nach der alte Seecapitän nicht unter den Dualen des Frostes erlegen und mutmaßlich bis zum letzten Atemzuge noch freundlichen Beistand genossen haben mag.

[Marine.] Heute um 12 Uhr wird der Dockhof von Woolwich als Regierungs-Institut wahrscheinlich für immer geschlossen und das ansehnliche Marine-Etablissement geht, wie verlautet, binnen Kurzem in Privatbesitz über. Der Dockhof enthält außer drei Docks, darunter zwei mit dem Eingang von der Themse aus, eine weitläufige Dampf-Factorei mit den vollständigsten Vorrichtungen für die Reparatur von Dampfschiffen und Fabrikation von Dampfmaschinen, neben Schuppen, geräumig genug, um Tausende von Bauholz-Ladungen zu fassen, Dampffägeln, Maschinen für Panzerfahrzeuge, Räumen, wo Schiffe zum Bauen oder Verzimmern aufgelegt werden, Mastbaum-Magazinen u. s. w. Auch besitzt der Dockhof eine Kirche, eine große Anzahl Bureaux und Amtswohnungen. In Kriegszeiten waren in dem Etablissement stets gegen 2000 Personen beschäftigt, in Friedenszeiten 1000—1500. Dem Orte Woolwich erwächst durch die Schließung des Dockhofs und die Entlassung des Personals ein beträchtlicher materieller Verlust.

E. C. London, 16. Sept. [Die Humboldtfeier] der in London lebenden Deutschen ist in ziemlich stiller Weise verlaufen, und trotzdem ein gemeinsames Zusammenwirken nicht erzielt worden, hätte man an den beiden Stellen, wo sie begangen wurde, eine bessere Belebung erwarten sollen. Die deutschen Arbeiter, welche in einem neuen Clubhouse eine Sammelstätte gefunden haben, veranstalteten dort ein internationales Meeting, dem — trotz der Namen Bradlaugh und Felix Pyat auf der Rednerliste — kaum 200 Personen bewohnten. Die Festrede hielt Herr Dr. Schwarzenberg, welcher mit seiner rein wissenschaftlichen Arbeit weit weniger Beifall fand, als die politischen Abschweifungen der übrigen Redner. Um die nämliche Zeit wurde in der feilich geschmückten Turnhalle die Säcularfeier durch Vorträge des Gesangvereins und eine Festrede des Herrn Karl Blind begangen, aber auch hier waren nur gegen 300 Personen erschienen — eine äußerst schwache Belebung, wenn man bedenkt, daß London der gewöhnlichen Schätzung nach zum mindesten 60,000 Deutsche unter seinen Bewohnern zählt.

[In dem Bericht über die deutschen Coöperativ-Gesellschaften] steht "Daily News" einen neuen Beweis für das Gedeihen dieses Systems und die unmittelbare Wichtigkeit der hierbei zur Geltung kommenden Grundlage. Das liberale Blatt deutet namentlich auch darauf hin, daß sich in den preußischen Rheinlanden 36 Vereine befreuks Ankaufs von Sämereien, Maschinen und landwirtschaftlichen Geräthen gebildet haben. Sonst wird noch der Unterschied hervorgehoben, daß in Frankreich die Productionsvereine, in England die Consumvereine, in Deutschland namentlich die Arbeiterbanken und Creditvereine besonders aufgeblüht seien und daß letztere wahrscheinlich noch günstigere Ausweise aufzuweisen haben würden, wenn nicht die Kriegsbefürchtungen das Geschäft lahm gelegt hätten.

[Statistisches.] Die Annahme der in Statistiken aufgeführten Wahn-sinnungen in den verschiedenen Ländern wird häufig als Anhaltspunkt zu Betrachtungen über die Culturverhältnisse und die Moral der Gegenwart benutzt; die Angabe, daß im vergangenen Jahre England 53,177 Irrenstühne, 2000 mehr als im Jahre vorher, zählte, und daß in Frankreich 1867 nicht weniger als 90,739 gegen 84,214 im Jahre 1865 eingetragen wurden, fordert geradezu zu einer Untersuchung heraus. Von manchen Seiten wird dabei die Spannung des Nervensystems unter dem Laufel der wechselnden Eindrücke auch als Ursache bezeichnet, die dem Irrenhause so viele Kandidaten zufügt, allein bei näherer Betrachtung ergiebt sich daß hier auch noch ein anderer Gesichtspunkt festzuhalten ist. Die gegen vergangene Lage so sehr verschiedene milde Behandlung der Geisteskranken in den öffentlichen Anstalten führt diesen in stets größerer Anzahl Patienten zu, die früher in Privatanstalten Obut und Pflege fanden und daher nicht in die statistischen Ausweise kamen. Auf andere Weise ließe sich auch die Thatstache, daß im Jahre 1861 in Frankreich nur 4625 Wahnsinnige auf den Listen geführt wurden, schlechterdings mit der hohen Zahl des Jahres 1867 nicht zusammenreimen.

## Niederlande.

Haag, 16. Sept. [Die Session der Generalstaaten] ist heute durch den Minister des Innern Namens des Königs mit folgender Rede geschlossen worden:

Meine Herren! Ich habe von dem Könige den Auftrag erhalten, mich in Ihre Mitte zu begeben und diese Versammlung der Generalstaaten zu schließen. Wichtiger, wie die Sitzungen der letzten Jahre, war die Sitzung, die jetzt beendigt ist. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung ist viel zu Stande gebracht worden. Außer den Gesetzen, die jährlich nach dem Grundgesetz erforderlich sind zur Sicherung der verschiedenen Zweige der Verwaltung des Reiches, nenne ich unter anderen die Genehmigung der reformierten Acte über die Rheinschifffahrt, die Verträge mit Preußen und mit Belgien zur Feststellung der Grenzen, die Gesetzgebung über die Eichung der Masse, Gewichte und Wägemaß, die über das Begraben der Leichen, die Begräbnissäle und die Begräbnisschreie, die über das Successionsrecht, die über die Dampfmaschinen; die Abwicklung sowohl des Stempels für Drucksachen und für Anzeigen und Zeitungen, wie der ausschließlichen Rechte für Erfindungen und Verbesserungen von Gegenständen der Kunst und Industrie, die mit Ihrer Mitwirkung zu Stande gekommen ist, wird gewiß auf die Volksextension und auf die Verbreitung der Industrie einen heilsamen Einfluß ausüben. Sie haben in reichlichem Maße die Mittel gewährt, um große Werke zu allgemeinem Nutzen möglich zu machen und die Fortführung der Anlage von Eisenbahnlinien, sowohl hier zu Lande als auf See, sicher zu stellen. Sie haben, indem Sie bestimmen haben, wie die Verbindung unserer beiden großen Handelsstädte mit dem Eisenbahnetz stattfinden soll, den rascheren Fortgang und die Vollendung der Eisenbahnen sehr befördert. Der Unterricht an der königlichen Militärakademie zu Breda ist, Dank Ihrer Mitwirkung, in Übereinstimmung mit den Anforderungen unserer Zeit in genügender Weise geregelt. Der König hat mich beauftragt, den Generalstaaten beim Schlusse ihrer Versammlung zu danken für die eifrige Sorge, welche sie in diesem wichtigen Jahre den Staatsangelegenheiten gewidmet haben. Im Namen des Königs erkläre ich diese Versammlung der Generalstaaten für geschlossen.

## Telegraphische Depeschen.

Paris, 18. Septbr. Das "Journal officiel" veröffentlicht den Zusatzvertrag zu dem Vertrage zwischen Preußen und Frankreich betreffend den Bau einer Eisenbahn von Saargemünd nach Saarbrücken. (W. L. B.)

St. Gallen, 19. September. Der Fürst von Numinen, welcher auf Schloß Weinburg eingetroffen ist, gedenkt bis zum 29. d. dafselbst zu bleiben und sich dann über Baden nach Paris zu begeben. (W. L. B.)

Madrid, 18. Septbr. Die Chroncandidatur des Herzogs von Genua gewinnt sowohl unter den Progressisten als unter den Demokraten immer mehr Anhänger. Die amtliche Zeitung wird morgen das Decret veröffentlichen, durch welches die Freiheit der Gute auf der Insel Cuba eingeschafft wird. (W. L. B.)

Madrid, 17. Septbr. Die Aussichten für die Candidatur des Herzogs von Genua, dem ein aus dem Herzoge von Montpensier, Serrano und Rivero zu bildender Regierungsrath zur Seite treten soll, gestalten sich günstiger. (T. B. f. N.)

Bukarest, 19. Sept., Nachm. In der heutigen Sitzung des Senats gelangte der Gesetzentwurf, betreffend die jährliche Aushebung von 7200 Mann zur Beratung. Auf eine Interpellation des Senators Jonescu erklärte Kogolnitscheano, in Stellvertretung des Ministers des Auswärtigen: Die durch ihre Lage und die Verträge den Donaufürstenthümern vorgezeichnete Politik ist die Politik einer absoluten Neutralität, welche den Fürstenthümern gestattet, eine Armee zu halten, nicht um Eroberungen zu machen, sondern um im Nothfalle sich verteidigen zu können. In diesem Sinne seien auch die Bestimmungen des Pariser Vertrages getroffen worden, als durch denselben Rumänen das Recht verliehen wurde, eine eigene Kriegsmacht zu halten. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 37 Stimmen gegen eine (die des Interpellanten) angenommen. (W. L. B.)

Bukarest, 17. Septbr. Der Senat hat das Contingent von 7000 Mann, die neue Gemeindeordnung und andere von der Deputirtenkammer bereits genehmigte Gesetzentwürfe einstimmig angenommen. Der Schluß der Session wird Dienstag erfolgen. (T. B. f. N.)

## Berliner Börse vom 18. Septbr. 1869.

### Fonds und Gold-Course.

Freiw. Staats-Anleihe 4½%	97 G.	Kronpr. Rud.-Bahn . . . . .	5	75 1/4 bz.
Staats-Anleihe v. 1839 5%	100 7/8 bz.	Oesterr.-Französische . . . . .	3	282 1/4 bz.
ditto 1854-55 4½%	93 1/2 bz.	do, neue . . . . .	3	282 G.
ditto 1854 4½%	93 1/2 bz.	do, südl. Staatsb. . . . .	3	240 bz.
ditto 1857-59 4½%	93 1/2 bz.	Warschau-Wien . . . . .	5	82 1/4 G.
ditto 1864 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1867-68 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1869-70 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1870-72 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1872-74 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1874-76 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1876-78 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1878-80 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1880-82 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1882-84 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1884-86 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1886-88 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1888-90 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1890-92 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1892-94 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1894-96 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1896-98 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1898-00 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1900-02 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1902-04 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1904-06 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1906-08 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1908-10 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1910-12 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1912-14 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1914-16 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1916-18 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1918-20 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1920-22 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1922-24 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1924-26 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1926-28 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1928-30 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1930-32 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1932-34 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1934-36 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1936-38 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1938-40 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1940-42 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1942-44 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1944-46 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1946-48 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1948-50 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1950-52 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1952-54 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1954-56 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1956-58 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1958-60 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1960-62 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1962-64 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1964-66 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1966-68 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1968-70 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1970-72 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1972-74 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1974-76 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1976-78 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1978-80 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1980-82 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1982-84 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1984-86 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1986-88 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1988-90 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1990-92 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1992-94 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1994-96 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1996-98 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 1998-00 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2000-02 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2002-04 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2004-06 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2006-08 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2008-10 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2010-12 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2012-14 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2014-16 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2016-18 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2018-20 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2020-22 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2022-24 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2024-26 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2026-28 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2028-30 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2030-32 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2032-34 4½%	93 1/2 bz.			
ditto 2034-36 4½%	93 1/2 bz.	</		

## Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Berlin, 19. Sept. [Privatverlehr. Schluss] flau. Credit-Aktion 109%. Staatsbahn 208½. Lombarden 138. 1860er Loope 77%. Wien, Iura, 83%. Rheinische 114%. Oberschlesische 184. Darmstädter 126. Italiener 53%. Amerikaner 87%.

Paris, 18. Sept. Nachm. 3 Uhr. Schluss-Course: 3proc. Rente 70, 85-70, 82½-70, 97½-70, 92½. Italien. 5proc. Rente 53, 75. Oesterl. St.-Eisenb.-Aktien 785, 25. Credit-Mobil-Aktien 215, 00. Lomb. Eisenb.-Aktien 527, 50. dito Prioritäten 238, 75. Tabaksobligationen 425, 00. Tabaksaktionen 638, 75. Türken 42, 42 matt. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungef.) 94% matt. — Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeindet.

Florenz, 18. Septbr. Ital. Rente 55, 75 fest. Napoleons 20, 80. London, 18. Sept., Nachm. 4 Uhr. Schluss-Course: Consols 92½. 1proc. Spanier 27%. Italien. 5proc. Rente 52½. Lombarden 21. Mexicaner 12%. 5proc. Russen 86½. Neue Russen 87%. Silber 60½. Türk. Anleihe de 1865 41%. 8proc. rumän. Anleihe 91. 6proc. Verein. St. 1882 83%. — Fest.

Frankfurt a. M., 18. Sept., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Schluss-Course: Wiener Wechsel 97%. 5% österr. Anleihe von 1859 64½. 6% Ver. St.-Anleihe pr. 1882 87%. Hessische Ludwigsbahn 136%. Bayerische Brämen-Anleihe 105. 1854er Loope 73%. 1860er Loope 79%. 1861er Loope 111%. Russ. Bodencredit 81%. Oberhessische —. Lombarden 247. Neue Spanier 26. — Schwantend. Schluss matt. Nach Schluss der Börse Credit-Aktionen 262½. Staatsbahn 370. Lombarden 243½. Galizier 250.

Frankfurt a. M., 19. September, Mittags. [Effecten-Societät.] Amerikaner 87%. Creditaktionen 256. — Staatsbahn 246. Lombarden 241. Westbahn 214. — flau.

Nach Schluss der Börse: Sehr flau. Creditaktionen 252%. 1860er Loope 77%. Staatsbahn 363%. Lombarden 239. Amerikaner 87%. Galizier 243½.

Wien, 19. Septbr., Nachmittags. [Privatverlehr.] (Schluss.) Credit-Aktionen 263. — 1860er Loope 93, 50. 1861er Loope 112. — Anglo-Austr. 298. — Franco-Austr. 113. — Galizier 253. — Lombarden 247, 50. Sehr flau.

Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahn betragen in der Woche vom 10. bis 16. Septbr. 627,432 fl., ergeben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mehreinnahme von 4472 fl.

Hamburg, 18. Sept., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Preuß. Thaler 151%. Hamburger Staats-Brämen-Anleihe 85. National-Anleihe 56. Österreichische Credit-Aktionen 112%. Österreichische 1860er Loope 78. Staatsbahn 780. Lombarden 514%. Italien. Rente 52%. Vereinsbank 113%. Norddeutsche Bank 131. Rheinische Bahn 114. Recklenburger — Altona-Kiel. — Finnl. Anleihe —. 1864er Russische Brämen-Anleihe 123. 1866er Russische Brämen-Anleihe —. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 82%. Disconto 4 p.t. — Anfangs höher.

Hamburg, 18. Sept., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco sehr matt. Weizen auf Termine flauer, Roggen niedriger. Weizen pr. Septbr. 5400 Pfd. netto 118½. Bancothaler Br. 117½ Gd. pr. September-October 117 Br. u. Gd. pr. October-November 116½ Br. 116 Gd. pr. April-Mai 116 Br. u. Gd. Roggen pr. Septbr. 5000 Pfd. Brutto 87½ Br. 87 Gd. pr. Septbr.-Octbr. 85½ Br. 83 Gd. Hafer matt. Rübbel geschäftlos, loco 25%, pr. Octbr. 25%, pr. Mai 26. Spiritus fest, loco 23%, pr. September 23%, pr. Septbr.-Octbr. 23, pr. October-November 22. Kaffee ruhig. Bink leblos. Petroleum sehr fest, loco 16, pr. Septbr. 15%, pr. Septbr.-Decbr. 15%. — Wärmer.

Liverpool, 18. Sept., Mittags. Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz. Rubig. Middling Orleans 13%. Middling Amerik. 13. Fair Dohlerah 10. Middling fair Dohlerah 9%. Good middling Dohlerah 9%. Fair Bengal 8%. New fair Domra 10%. Bernam 13%. Smyrna —. Fällige Bengal 8%. Egyptisch —. Landene Bengal —. Amerikan. November-December-Berichtigung 11½.

Liverpool, 18. Sept., Nachm. (Schlußbericht.) Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 2000 B. — flau.

Middling Orleans 13%, fair Dohlerah 10, fair Bengal 8%.

New York, 18. Septbr., Abends 6 Uhr. [Schluss-Course.] Wechsel auf London 107½. Gold-Agio 36%. 1882er Bonds 121%. 1885er Bonds 120%. 1904er Bonds 110. Illinois 138. Erie-Bahn 39%. Baumwolle 30%. Mehl 6 D. 50 C. Hafer. Petroleum in New York 32%. Hafer.

Petroleum in Philadelphia 22%. Havanna-Zucker Nr. 12 12%. Schlesisches Zink 6½ C. in Gold. Höchste Notierung des Goldagios 36%, niedrigste 36%. Fracht für Getreide pr. Dampfer nach Liverpool (pr. Bushel) 10%.

do. für Baumwolle (pr. Bushel) %.

New-York, 17. Septbr., Abends. [Per atlantisches Kabel.] (Baumwollenbericht von Neil brothers.) Wochen-Zufuhren in den Golfsäben 1:000 Ballen,

in den atlantischen Häfen 12,000 Ballen. Gesammte Wochen-Ausfuhr nach Frankreich 1000 Ballen. Vorrath in sämtlichen Häfen der Union 28,000 Ballen. Märkte flau und weichend.

Bremen, 18. Septbr. [Petroleum-Markt.] Petroleum, Standard white, loco und auf Termine 9 bez. Große Kaufauftrag.

Köln, 18. September, Nachm. 1 Uhr. Weizen weichend, bisher loco 7, freudiger loco 6, 17, pr. November 6, 16, pr. März 6, 17. Roggen flau, loco 5, 15, pr. Nov. 5, 13, pr. März 5, 12½. Rübbel ermattend, loco 14, pr. October 13½, pr. Mai 14. Leinöl loco 12. Spiritus loco 21½. — Wetter schön.

Paris, 18. September, Nachmittags. Rübbel pr. September 102, 75, pr. Novbr.-Decbr. 103, 50, pr. Jan.-April 104, 25. Mehl pr. September 60, 75, pr. Novbr.-Decbr. 62, 00, pr. Januar-April 62, 25. Spiritus pr. September 63, 50. — Schnees Wetter.

Amsterdam, 18. Sept., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen geschäftlos. Roggen loco geschäftlos, pr. October 204, pr. März 202. Raps pr. October 77. — Trübtes Wetter.

Antwerpen, 18. Septbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreide-Markt.] Weizen und Roggen stille.

Antwerpen, 18. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Betr. Leum.-Markt.] Schlus.-Bericht. Raffinirtes, Type weiß, loco 58%, pr. October-December 57. Ruhig.

# Breslau, 20. Septbr. Die wenig belangreichen Zufuhren begünstigen den Preisstaat am heutigen Markt, die Kauflust war im Allg. meinen sehr ruhig.

Weizen behauptet, pr. 85 Pfund schlesischer weißer 80—90 Sar, gelber 70—84 Sgr., seimler über Notiz bezahlt. — Roggen in guter Frage, pr. 84 Pfund neuer 58—65 Sgr., seimle Sorten 66 Sgr. bezahlt. — Gerste gut beachtet, pr. 74 Pfund weiß 52—54 Sgr., helle 50—51 Sgr., gelbe 47—49 Sgr. — Hafer fester, pr. 50 Pfund 29—33 Sgr. — Erbsen offensicht. — Delfaaten ruhiger Umsatz. — Widen ohne Umlauf, pr. 90 Pf. 62—68 Sgr. — Lupinen wenig Umlauf, 56—60 Sgr. pr. 90 Pf. — Bohnen wenig beachtet, pr. 90 Pfund 65—85 Sgr. — Schlaglein wenig gefragt. — Rapssuchen in ruhiger Frage, 67—70 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kulturz) war offerirt, 61 bis 63 Sgr. pr. Centner.

Sgr. pr. Schiff.

Sgr. pr. Schiff.

Weißer Weizen ..... 78—83—91 Böhmen ..... 64—75  
Gelber Weizen, neuer ..... 70—79—83 Sgr. pr. Sac à 150 Pf. Brutto.  
Roggen ..... 58—61—65 Schlag-Leinfaat ..... 190—200—208  
Gerste ..... 47—50—53 Winter-Raps ..... 236—248—254  
Hafer, neuer ..... 29—31—33 Winter-Rübzen ..... 226—236—242  
Erbsen ..... 60—65—68 Sommer-Rübzen ..... 216—224—230  
Widen ..... 60—65 Leindotter ..... 170—180—190

Kartoffeln pr. Sac à 150 Pf. 22—27 Sgr., Mehe 1½—1¾ Sgr.

## Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 9 Uhr, in Tiefster Einheit, die Temperatur der Luft noch Raumtemperatur.	Barometer.	Aufst. Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 18. Sept. 10 U. Ab.	330,69	+16,8	S. 1.	Heiter.
19. Sept. 6 U. Mdg.	329,65	+11,6	S. 1.	Heiter.
2 U. Nachm.	328,24	+22,4	S. 2.	Sonnenblende.
10 U. Abends.	327,92	+13,8	SW. 0.	Regen.
20. Septbr. 6 U. Mdg.	327,98	+12,2	SW. 1.	Trübe.

Breslau, 20. Sept. [Wasserstand.] Q.B. 12 ft. 8 ft. 11 ft. — 8 ft. — 8 ft.

## Lieblich's Etablissement.

Heute Montag, den 20. September:  
**Großes Concert,**

zum Besten der durch Feuer verunglückten Prausnizer und der Hinterbliebenen der im Plauenischen Grunde verunglückten Bergleute, ausgeführt vom

Bereinigten Breslauer Sängerbunde, unter Leitung seines Dirigenten Herrn Heinr. Lichner und unter gütiger Mitwirkung des gemischten Chores vom Handwerkerverein und der Kapelle des 4. Niederschl. Infan.-Regiments. Nr. 51, unter Leitung des Kapellmeisters Herrn A. Börcer.

Anfang des Concerts 5 Uhr (im Garten).

Anfang des Gefanges 7 Uhr (im Saale).

Programme, als Eintrittskarten gültig, à 3 Sgr. in den bekannten Commanditen. Kassenpreis à 5 Sgr. [3420]



## Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

Die Lieferung von

## 48,000 Tonnen Steinkohlen

zur Locomotivfeuerung pro 1870 soll im Submissions-Wege vergeben werden.

Offerten sind freit und versiegelt mit der Aufschrift:

„Submission auf Steinkohlenlieferung für die Berlin-Görlitzer Eisenbahn“ spätestens bis zu dem am 1. October e. Vormittags 11 Uhr im Bureau des Ober-Maschinistenmeisters stattfindenden Submissionstermine ebendahin einzureichen.

Die Lieferungsbedingungen können gegen Erstattung der Copialien (7% Sgr.) von dem Unterzeichneten beogen werden.

Berlin, am 15. September 1869. [982]

Berlin, am 15. September 1869.

Der Ober-Maschinistenmeister.

Brand.

## 7proc. Gold-Obligationen, erste Hypothek

der Rockford, Rock-Island und St. Louis

Eisenbahn-Gesellschaft.

## Capital und Zinsen in Gold zahlbar in New-York und London ohne irgend einen Steuerabzug.

Diese Bahn durchläuft die fruchtbarsten Gegenden des Staates Illinois, welcher mit Recht als der reichste Staat der ganzen Union gilt. — Der Bau der Bahn ist laut Bericht eines anerkannten deutschen Ingenieurs auf's solideste und ganz nach europäischem Muster ausgeführt.

Eine größere Strecke der Bahn ist bereits seit April dieses Jahres dem Betrieb übergeben.

Befragte Obligationen rentieren beim gegenwärtigen überaus billigen Tagescourse auf annähernd 10 Proc. Zinsen per anno, und da solche den Vortheil genießen, daß der Besitzer jederzeit berechtigt ist, seine Obligationen gegen Stammatien der Gesellschaft umzutauschen, so hat er ein wahrscheinlich noch weit größeres Zins-Ergebniss bei der vermutlich überaus guten Rentabilität der Bahn, welche auf 15—20 Proc. geschätzt wird, zu erwarten.

Aufträge auf befragte Obligationen, welche in Folge starker Nachfrage ihren Cours schon erhöht haben, und vermutlich noch weiter im Course steigen werden, werden ausgeführt durch

## E. F. Fuld &amp; Comp. in Frankfurt a. M.

Amerikanische und andere Staats-Effecten nehmen wir im Tausch zum Tagescourse an. [2693]

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.  
Druck von Graß Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

durch eine Kurventafel zur Veranschaulichung des Ganges der Epidemie. Wir erleben, daß die Epidemie als solche völlig erloschen, kein Kind sein Augenlicht in der Krankheit eingebüßt, keines auch nur die kleinste Veränderung seines Schenkers erfahren. Der Besuch des Festes am 28. September steht Jevermann frei.

X. [Lehrproben.] Aus Anlaß der Errichtung einer neuen katholischen Schule (Nr. XVI.) fanden jüngst vor den technischen Mitgliedern der städtischen Schulen-Dekoration in den Oberklassen der Schulen Nr. II. und Nr. XII. Lehrproben statt, zu welchen im Ganzen sechzehn Candidaten Vorladung erhalten hatten.

[Feuer.] Von der Station Nr. 49 (im Krankenhaus zu Allerheiligen) alarmirt, rückte gestern Nacht in der 2ten Stunde die Hauptfeuerwache nach dem Hause Nicolaistraße Nr. 42, konnte aber daselbst nicht die geringste Feuergefahr wahrnehmen und lebte daher bald wieder zurück. — Dagegen brach heute Morgen gegen 2 Uhr auf einem Dachboden in dem Grundstück Uferstraße Nr. 10 durch die vorschriftswidrige Anlage eines Schornsteins Feuer aus, wodurch die Hausbewohner auf's höchste gefährdet gewesen wären, wenn dasselbe glücklicherweise nicht frühzeitig genug bemerkt worden wäre und machte die herbeigeholte Feuerwehr bald ein Ende.

8 Liegnitz, 19. September. [Nachträgliches.] Vielleicht in keiner unserer größeren Provinzialstädte ist die Humboldt-Feier eine so vielseitige und alle gebildeten Kreise ergreifende gewesen als hier in Liegnitz. Schon Montag den 13. fand eine namentlich dem hiesigen Philisterium ungewohnte Vorfeier statt — ein Commers, arrangiert von den hier zu den Ferien anwesenden Studirenden und besucht von „alten Herren“ aus allen studirten Berufskreisen. Von dem Regierungscollgium war außer einem jüngeren Mitglied nur unter Abgeordnete Geheimrat Jacobi erschienen. Die regste Teilnahme aber fand das Fest in den Herzen der Damen, die in großer Zahl erschienen waren und zu dem bunten Bilder des Commers einen allerliebsten Rahmen bildeten. Nach Abschluß eines von stud. Meyer gedichteten Gedächtnisliedes hielt Herr Correktor Belsam mit einer für einen hohen Siebziger bewundernswürdigen Frische die Festrede. Von den anderen Reden ist vor Allem die Ansprache des stud. Meyer hervorgehoben, welcher Humboldt als den Mann der Jugend und der Zukunft in finnoller Weise preist und darauf Namens des Comites die Gäste willkommen hieß. Wie die Vorfeier bis in die späte Nacht die Verehrer Humboldt's vereinte, so wurde der 14. September ebenfalls schön begangen. — Um 5 Uhr Nachmittags begann die namentlich von Mitgliedern des technischen und Handwerkervereins veranstaltete erste Feier. Nach Vortrag mehrerer Musikkonzerte bestieg Herr Director Siebeck die Rednertribüne. In einst